

KOMMENTARE

Die CSU-Maut in der Koalitionsfalle

Mit dem Kopf durch die Wand

Es ist sicher nicht die feine Art, wie die Berliner Koalitionssprecher den armen Verkehrsminister Dobrindt mit seinen Maut-Plänen öffentlich grillen. Insofern kann man nachvollziehen, warum CSU-Chef Seehofer langsam der Kamm schwilt. Die Wunsch-Projekte der anderen – Rente mit 63 oder Mindestlohn – haben die Bayern brav mitgetragen, aber beim eigenen Prestigeobjekt hagelt es Knüppel zwischen die Beine. Das Dumme ist nur: Die Christsozialen haben sich in einer Zeit historischer Herausforderungen das falsche (Rand-)Thema zur Profilierung ausgesucht – oder gehen es mit der vorgeschlagenen Lösung zumindest falsch an.

Die Republik politisch aufzumischen, nur um unterm Strich bestenfalls 600 Millionen Euro „Ausländerbeitrag“ zum Stopfen der zweistelligen Milliarden(!)löcher auf deutschen Straßen zu gewinnen, steht in keinem vernünftigen Kosten/Nutzen-Verhältnis. Ganz zu schweigen von dem Irrsinn-Plan, Deutschland quasi eintrittspflichtig zu machen, indem man die Maut auf alle Straßen ausdehnt. Man stelle sich den Aufschrei hierzulande vor, wenn den Franzosen oder Österreichern Ähnliches in den Sinn käme! Das kann und darf nicht Realität in Europa werden. Hier muss ein EU-weites, für alle Mitglieder faires Lösungskonzept her.

Wie die CSU aus ihrem Maut-Dilemma gesichtswahrend herauskommen will, weiß sie offensichtlich selbst noch nicht. Mit dem Kopf durch die Stahlwand zu wollen, ist aber kein Zeichen von Durchsetzungsfähigkeit. Sondern von Torheit.



Alexander Weber

Sie erreichen den Autor unter Alexander.Weber@merkur-online.de

Zum Umgang mit der AfD  
Auf der Erfolgswelle

Die Alternative für Deutschland hat binnen einer einzigen Woche eine erstaunliche Karriere hingelegt: Innerhalb weniger Tage ist die Partei in der öffentlichen Wahrnehmung von einem Haufen zwar oft gebildeter, aber auch heillos zerstrittener Querulanten zu einer ernstzunehmenden Gefahr für Union mutiert. Der Erfolg bei der Landtagswahl in Sachsen scheint der Partei regelrecht Flügel zu verleihen. Der mediale Aufruhr ist enorm.

Dabei sind die widersprüchlichen Bilder, die da gezeichnet wurden, beide falsch. Tatsache ist: Die AfD wird auch am Sonntag bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Thüringen Erfolge feiern. Anders als die Piraten wird sie sich nicht binnen weniger Wochen entzaubern: Im Gegensatz zu den Internetaktivisten, denen es mehr um die moderne Gestaltung politischer Prozesse als um eigene Inhalte ging, verfügt die AfD nicht nur über eine feste inhaltliche Ausrichtung, sondern auch erfahrene Köpfe.

Horst Seehofer hat Recht: AfDler sind keine „braunen Dumpfbacken“. Nein, der deutsche Ableger der Rechtspopulisten kommt weniger revolutionär daher als seine Vorbilder in Frankreich oder England. Er schimpft zwar aufs Establishment, aber wirklich umkrempeln will er es nicht. Lieber möchte er dazugehören. Genau darin liegt mittelfristig die Chance der Union: Sie muss von der AfD thematisierte Probleme, die die moderne Welt mit sich bringt, besser erklären und abfedern. Schon das dürfte diese eigentlich biedereren Populisten entzaubern. Denn auch die AfD kann die Zeit nicht zurückdrehen.



Mike Schier

Sie erreichen den Autor unter Mike.Schier@merkur-online.de

„Scharia-Polizei“ empört Politiker  
Im Namen des Islam

Wer Zweifel sät an der Wehrhaftigkeit des deutschen Rechtsstaates, der erntet – die Scharia-Polizei. Es ist kein Zufall, dass militante Islamisten heute nicht, sagen wir, München terrorisieren. Sondern das Ruhrgebiet. Das Herz des rot-grün regierten Nordrhein-Westfalen, wo manche besonders Begriffsstutzige bis zuletzt nicht lassen wollten von ihren Multikulti-Träumen. Dort fand der Salafismus die nötigen Freiräume für den Aufbau seiner Strukturen und seiner Ideologie. Eine Ideologie übrigens, die niemanden stärker bedroht als die Grünen selbst mit ihren Vorstellungen von Toleranz und selbstbestimmtem Leben.

Dass islamistische Tugendwächter heute wie selbstverständlich durch Wuppertals Strafen patrouillieren zu können glauben, ist ja nur die neueste und auffälligste Sumpflübe in einem Biotop, an dem viele mitgewerkelt haben: deutsche Politiker, die Integration für eine Art kultureller Vergewaltigung hielten; Richter, die bei religiös motivierten Verbrechen Strafabatte einräumten; muslimische Gemeinden, die wegsahen, wenn in ihrer Mitte im Namen des Islam zu Gewalt aufgerufen wurde; Strafverfolger, für die es anscheinend ganz normal ist, wenn Salafisten bei uns Gotteskrieger für den Dschihad rekrutieren.

All das muss aufhören. Wer mit einer Weste mit der Aufschrift Scharia-Polizei junge Leute drangsaliert, gehört wegen Amtsmaßnahme vor Gericht. Und wer im Namen der Religion zum Krieg aufstachelt, muss sich anderntags im sicheren Gewahrsam der Polizei wiederfinden. Und zwar nicht der Scharia-Polizei. Wie viele Weckrufe brauchen wir denn noch, um zu erkennen, welch unkontrolliert tödliche Gefahr in unserer Mitte schlummert?



Georg Anastasiadis

Sie erreichen den Autor unter Georg.Anastasiadis@merkur-online.de

KARIKATUR



Crash-Kurs

ZEICHNUNG: TOMICEK

GROSSE KOALITION

Ende der Schonzeit

Der Streit um die Maut spitzt sich zu: Während die CDU ihre Kritik am Konzept von Alexander Dobrindt verschärft, droht die CSU offen mit Konsequenzen. Die Große Koalition steht vor ihrer schwersten Krise.

VON MIKE SCHIER

München – Angela Merkel tat so, als sei nichts gewesen. Am vergangenen Sonntag hatte sich die CDU-Vorsitzende mit ihren Kollegen Sigmar Gabriel (SPD) und Horst Seehofer (CSU) zur Spitzrunde getroffen. In dem kleinen Kreis drohte Seehofer damit, andere Regierungsvorhaben zu boykottieren, wenn die Koalitionspartner seinem Verkehrsminister Alexander Dobrindt bei der Maut weiterhin das Leben schwer machen werde. Als die Kanzlerin am Morgen danach von Journalisten nach der Maut gefragt wurde, sagte sie: „Wir haben da gar nicht drüber gesprochen.“

Inzwischen wird öffentlich über die Maut gesprochen. Laut sogar. Sehr laut. Der Regierung steht ein stürmischer Herbst bevor. Seehofer ist mächtig in die Enge geraten: Seine Partei hatte die Ausländer-Maut im Wahlkampf zum großen Thema erhoben. Vom Erfolg überwältigt setzte Seehofer mit Alexander Dobrindt seinen vielversprechendsten Berliner Minister auf das Thema an. Doch im Verkehrsressort droht Dobrindt nun Schiffbruch zu erleiden – was für ihn persönlich, aber auch für die CSU insgesamt verheerend wäre. Denn nach der Ha-



Krisengespräche: Horst Seehofer mit seinem Maut-Minister Alexander Dobrindt. FOTO: DPA

derthauer-Affäre, der offenen Frage zur Zukunft des Gymnasiums und den Problemen mit dem Flüchtlingsstrom verfügt die CSU auch landespolitisch über kein Gewinnerthema mehr. Das Grummeln in der Partei verstärkt sich.

Schon bei den vielen Krisengesprächen nach dem Haderthauer-Rücktritt wurde das Maut-Problem in der CSU thematisiert. Auch deshalb sollte mit Marcel Huber ein erfahrener Minister die Leitung der Staatskanzlei übernehmen. Schon da wurde ausgelotet, welche Druckmittel CSU und bayerische Staatsregierung in der Hand hätten. Dem Vernehmen nach soll die Neuordnung der Bund-Länder-Financen als Faustpfand eingesetzt werden. Nach den Landtagswahlen am Sonntag in Thürin-

gen und Brandenburg sei das „Ende der Schonzeit“ gekommen, sagte Seehofer.

Seit dem Wochenende spitzt sich die Lage nun zu. Der „Spiegel“ berichtet über massive Einwände, die Finanz-, Innen- und Wirtschaftsministerien gegen Dobrindts Mautplä-

„Ich hoffe, die Kanzlerin kann das abstellen.“

HORST SEEHOFFER (CSU)

ne haben. Das Finanzressort warnt gar vor einem möglichen Minusgeschäft und erklärt, Dobrindt hafte für das Risiko mit seinem eigenen Etat.

Nun streiten CDU und CSU so heftig wie zuletzt vor einem Jahrzehnt, als Merkel die

PRESESESTIMMEN

zur Ukraine

„Die zwischen Kiew und Moskau unterzeichnete Waffenruhe ist der erste Schritt hin zu einer effektiven Aufspaltung des Landes. Die Dezentralisierung der Macht auf dem ukrainischen Staatsgebiet, die der Kreml unter Androhung von Waffengewalt gefordert und bekommen hat, bedeutet praktisch die Anerkennung einer neuen Region, die (Kreml-Chef Wladimir) Putin bereits öffentlich „Noworussia“ (Neues Russland) nennt. Klarer geht es kaum.“

DERNIÈRES NOUVELLES D'ALSACE

„Die Waffenruhe ist keinesfalls ein Erfolg westlichen Drucks auf Russland, wie es US-Präsident Barack Obama zum Abschluss des Nato-Gipfels in Wales behauptete. Im Gegenteil. Sie besiegelt ein weiteres Mal das Einknicken

des Westens vor Russlands Präsident Wladimir Putin. Das nämlich war das eigentliche Ergebnis des Gipfels: Die Nato lässt zu, dass in der Ukraine ein weiterer eingefrorener Konflikt droht, so wie in der Moldau und in Georgien, wo kremltreue Verbände einen Teil des Landes illegal besetzt halten.“

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AM SONNTAG

„Die europäischen Staaten müssen wieder strategisch denken lernen. Sie müssten noch stärker zusammenarbeiten, bei Militäroperationen, aber auch bei Materialbeschaffung. Und sie müssten einen wesentlichen Beitrag für die gemeinsame Verteidigungsfähigkeit leisten, statt sich allein auf den großen amerikanischen Bündnispartner zu verlassen.“

NRC HANDELSBLAD

Aus der SPD ist derzeit kaum etwas zum Thema Maut zu hören. Schon vor Wochen hatte man wegen der absehbaren Streitigkeiten über Finanzierung und Grenzverkehr sowie der offenen europarechtlichen Fragen beschlossen, sich bei der Maut zurückzuhalten. Jetzt schauen die Genossen freundlich amüsiert zu, wie sich die Konkurrenz in die Haare gerät. „Offensichtlich werden in der Union erst jetzt all die Fragen gestellt, die wir schon während der Koalitionsverhandlungen hatten“, sagt der bayerische SPD-Chef Florian Pronold. Auf das Ergebnis warte man „mit Spannung“.

So ist die Gemengelage derzeit sehr unübersichtlich. Auch in der CSU. Bis heute hat die Landesgruppe nicht über Dobrindts Vorschlag diskutiert, heißt es. Für diese Woche suchte man gestern noch nach einem Sitzungstermin. Hinter vorgehaltener Hand gibt es durchaus Kritik: Die Einwände aus den Grenzregionen seien ernstzunehmen, heißt es. Andere halten die rechtlichen Bedenken aus dem Innenministerium für berechtigt, das die jetzige Fassung für grundgesetzwidrig hält. Denn nach den bisherigen Plänen sind Fahrzeuge von 3,5 bis zwölf Tonnen von der Maut ausgenommen.

Dobrindt wird sich heute zu all dem äußern können: Am Vormittag tritt er auf dem Gillemoos im niederbayerischen Abensberg auf. Dort spielte die Maut auch vor einem Jahr schon eine zentrale Rolle. Damals hatte Angela Merkel am Vorabend im Kanzlerduell gesagt: „Mit mir wird es keine PKW-Maut geben“

„Gestandene und in sich ruhende Leute“

CDU und CSU diskutieren über Umgang mit der AfD – Politik-Professor Oberreuter warnt Union, die Partei zu verteufeln

München – Totschweigen? Umarmen? Verhandeln? Die Alternative für Deutschland (AfD) legt in den Umfragen zu – und die Union ist unsicher, wie sie darauf reagieren soll. Die CSU fuhr in Bayern bisher gut mit der Taktik, rechtskonservative Themen zu besetzen, bevor sich die AfD darauf stürzte. Doch in Sachsen schaffte die Partei den Sprung in den Landtag, lachste der CDU Stimmen ab. Manche führende Unionspolitiker raten jetzt zur einer entschiedenen Abgrenzung.

CSU-Chef Horst Seehofer will die AfD zwar nicht verteufeln – sie bestehe in der Mehrzahl nicht „aus braunen Dumpfbacken“, sagt er. CDU-Vize Volker Bouffier ist aber skeptisch: „Die CDU darf die AfD nicht kopieren, sie muss sie entzaubern“, sag-

te er dem „Spiegel“. Auch Bundesvize Armin Laschet warnt vor einer Anbiederung: „Wir sollten nicht mit der AfD in Regierungsbündnisse eintreten, weil sie das weltoffene Erbe von Konrad Adenauer und Helmut Kohl verrät.“

Bundestags-Fraktionschef Volker Kauder geht noch weiter. Er will sich mit AfD-Politikern nicht mal in eine Talkshow setzen – zu groß ist die Angst, damit Positionen wie die von Frauke Petry salonfähig zu machen. Die sächsische AfD-Landtagschefin treibt die Sorge ums deutsche Liedgut um. Sie findet es bedenklich, wenn auf Kindergeburtstagen nur „Happy Birthday“ gesungen wird. Der Passauer Politikwissenschaftler Heinrich Oberreuter plädiert trotz solcher Äußerungen für einen ent-

spannten Umgang mit der AfD. „Viele Unions-Wähler empfinden die Hinwendung der Partei zur Mitte als Ruck nach links“, sagte Oberreuter unserer Zeitung. Die Bedürfnisse dieser Menschen dürfe die Union nicht ignorieren. Auch sei das Führungspersonal der AfD durchaus ernst zu nehmen: „Ein Hans-Olaf Henkel, der lange den Bundesverband der Deutschen Industrie führte, der Publizist

Konrad Adam oder der Ökonom Joachim Starbatty – das sind gestandene und in sich ruhende Leute, deren Unterstützung die CDU vor Jahren noch gerne entgegengenommen hat.“

Die AfD dürfe nicht unterschätzt werden. Mit dem Versuch, neue politische Strömungen totzuschweigen, sei die Union früher gescheitert. „Da hieß es, man redet nicht mit den Grünen – die verschwinden sowieso, man redet nicht mit den Linken – die verschwinden auch. Mittlerweile ist die Union partiell sogar zu Koalitionen mit diesen Parteien bereit.“ Allerdings rät auch Oberreuter der Union vorerst von Kooperationen mit der AfD ab – zu groß seien die programmatischen Gegensätze, etwa beim Thema Gemeinschaftswährung.



Konservative Wähler sind ernst zu nehmen: Politikologe Heinrich Oberreuter.

„Da hieß es, man redet nicht mit den Grünen – die verschwinden sowieso, man redet nicht mit den Linken – die verschwinden auch. Mittlerweile ist die Union partiell sogar zu Koalitionen mit diesen Parteien bereit.“ Allerdings rät auch Oberreuter der Union vorerst von Kooperationen mit der AfD ab – zu groß seien die programmatischen Gegensätze, etwa beim Thema Gemeinschaftswährung.

Die AfD selbst setzt währenddessen darauf, dass die Berührungsgänge ihr gegenüber in der Union schwinden. Die Partei zeigt sich selbstbewusst, umwirbt die Rechtskonservativen in der Union und reagiert scharf auf Kritikbeispielsweise auf die Blödeleien der ZDF-Satire „Heute Show“. In der Sendung wurde die AfD wiederholt durch den Kakao gezogen, auch am Wochenende wieder. Genüsslich wurden AfD-Anhänger vorgeführt, die sich mit unbedarften Äußerungen unter anderem zur Zahl der Ausländer in Sachsen blamierten. Die AfD-Pressestelle zeigte sich darüber nicht im geringsten amüsiert. „Die Heute-Show kostet den Beitragszahler 210 000 Euro“, twitterte die Partei. „AfD sagt: abschaffen!“

SUN